

Vier Menschen sterben bei Unfall

Zusammenstoß beim Überholen

Dransfeld. Beim Zusammenstoß mehrerer Autos auf der Bundesstraße 3 nahe Dransfeld im Landkreis Göttingen sind vier Menschen ums Leben gekommen. Zwei weitere Menschen wurden am Sonnabendabend schwerst-, fünf leicht verletzt, wie die Polizei am Sonntag mitteilte. Ersten Erkenntnissen zufolge hatte eine 23 Jahre alte Autofahrerin kurz hinter dem Ortsausgang von Dransfeld an einer Steigung versucht, einen Wagen zu überholen. Dabei stieß sie mit ihrem Auto mit einem entgegenkommenden Wagen zusammen. In der Folge kam es zu weiteren Unfällen, an denen drei Fahrzeuge beteiligt waren.

Die 23-jährige Autofahrerin sowie die drei Insassen des entgegenkommenden Wagens im Alter von 62, 65 und 86 Jahren erlitten tödliche Verletzungen. Zwei weitere Insassen wurden schwerverletzt in Krankenhäuser gebracht. Bei den anschließenden Kollisionen erlitten fünf Insassen im Alter zwischen 17 und 65 Jahren leichte Blessuren.

Am Sonntagnachmittag wurde die Vollsperrung der Bundesstraße an der Unfallstelle aufgehoben. Zuvor hätten ein Sachverständiger der Dekra und Beamte der Polizei Hann. Münden erneut die Unfallstelle begutachtet, teilte die Polizei mit.

Am Sonntagvormittag gab die Staatsanwaltschaft Göttingen den Angaben zufolge zudem die Leichen des 65-Jährigen und seiner 62 und 86 Jahre alten Mitfahrerinnen zur Bestattung frei. Der Leichnam der 23 Jahre alten mutmaßlichen Unfallverursacherin sowie die fünf beteiligten Fahrzeuge blieben vorerst für weitere Untersuchungen beschlagnahmt. Nach den Unfällen waren laut Polizei bis in die Nacht unter anderem mehrere Rettungswagen, ein Notarzt, Notfallselbstorger und mehrere Ortsfeuerwehren am Unfallort im Einsatz gewesen.

DPA

AUTOUNFALL

Sieben Verletzte in Weyhe

Weyhe. Bei einem Autounfall in Weyhe sind am Sonnabend sieben Menschen verletzt worden – unter ihnen ein dreijähriges Kind. Wie die Polizei mitteilte, krachten auf einer Kreuzung im Ortsteil Dreye zwei Wagen mit voller Wucht ineinander. Eine dreiköpfige Familie, die in einem der Autos saß, kam mit leichten Blessuren davon. Die vier Insassen des zweiten Wagens wurden schwer verletzt und mussten zur Behandlung in ein Krankenhaus gebracht werden.

DPA

VON PETER MLODOCH

Hannover. In Niedersachsen geht die Elektrifizierung des Schienennetzes der Deutschen Bahn AG nur im Schneckentempo voran. Von den insgesamt 3414 bundeseigenen Kilometern Gleisstrecke im Land verfügen derzeit lediglich 2046 Kilometer über Stromleitungen, das entspricht gerade mal 59,9 Prozent. Und eine nennenswerte Besserung ist nicht in Sicht: In den Jahren von 2020 bis 2023 sollen nur weitere 73 Kilometer Schienenwege elektrifiziert werden. Das ergibt sich aus einer aktuellen Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Sven-Christian Kindler (Grüne) aus Hannover.

Die Quote würde damit Ende 2023 lediglich 62 Prozent betragen. Ohne eine Beschleunigung würde die vollständige Elektrifizierung aller Gleisstrecken in Niedersachsen noch 56,2 Jahre dauern. Keinen Stromanschluss haben unter anderem die DB-Strecken Oldenburg-Osnabrück, Sulingen-Diepholz, Delmenhorst-Hespe, Bremerhaven-Cuxhaven und Walsrode-Buchholz (Nordheide). Gar nicht berücksichtigt sind die 1092 Netzkilometer der nichtbundeseigenen Eisenbahnen, die allesamt nicht elektrifiziert sind. Dazu gehören die Strecken von Bremervörde nach Osterholz-Scharmbeck, nach Rotenburg und nach Bremerhaven, sowie Delmenhorst-Harpstedt und Verden-Stemmen.

„Das ist ein Armutszeugnis“, kritisierte Kindler im Gespräch mit dem WESER-KURIER den schleppenden Strom-Ausbau im bundeseigenen DB-Netz. „Die Bundesregierung hat sich eine Elektrifizierung von 70 Prozent des Schienennetzes bis 2025 zum Ziel gesetzt. Für Niedersachsen steht schon jetzt fest, dass selbst dieses wenig ambitionierte Ziel verfehlt werden wird.“ Das zeige das mangelnde Interesse von CSU-Verkehrsminister Andreas Scheuer für die Bahn im Allgemei-

denburg-Wilhelmshaven. Im Sommer 2022 soll es nun nach Angaben des Bundesverkehrsministeriums endlich so weit sein. Auf 423 Millionen Euro werden die Kosten dafür taxiert. Die Modernisierung des Abschnitts soll nicht nur dem Container-Transport vom und zum Hafen, sondern auch dem Passagierverkehr zugute kommen. So sind ab dem Fahrplanwechsel 2022 durchgehende Regionalexpress-Züge Hannover-Wilhelmshaven und zusätzliche Regio-S-Bahnen von/bis Bremen vorgesehen.

Bei den restlichen Kilometern handelt es sich nach Auskunft des Wirtschaftsministeriums in Hannover vor allem um die Strecke von Schortens über Wilhelmshaven nach Ölweiche, die das dortige Industriegebiet mit dem Hafen verbindet. „Eine Elektrifizierung von gut 70 Kilometern Strecke bis 2023 ist für Niedersachsen kein schlechter Wert“, meinte ein Sprecher von Ressortchef Bernd Althusmann (CDU).

Angesichts der weiteren Projekte im Bundesverkehrswegeplan 2030 seien später zusätzliche Elektrifizierungsmaßnahmen für Niedersachsen zu erwarten, so für die Strecken Uelzen-Langwedel, Stade-Cuxhaven und Elze-Hameln. „Darüber hinaus erwarten wir, dass im Rahmen des vom Bund kommunizierten Ausbauprogramms „Elektrische Güterbahn“ weitere Strecken elektrifiziert werden“, hofft das Althusmann-Ressort. Das Bundesverkehrsministerium äußerte sich trotz An-

frage nicht zu den Gründen für den schleppenden Ausbau.

Grünen-Parlamentarier Kindler forderte daher deutlich mehr Tempo bei der Bahn-Elektrifizierung. „Für eine klimaschonende Verkehrswende müssten bis 2025 wenigstens 75 Prozent des Schienennetzes elektrifiziert werden, damit die Anzahl der schmutzigen Dieselloks so schnell wie möglich reduziert wird.“ Dafür müsse die Bundesregierung in Niedersachsen in den nächsten Jahren deutlich mehr Geld für die Elektrifizierung investieren. „Die Finanzmittel kann sie beim Neubau von sinnlosen Milliardengräbern wie den Autobahnen A39 oder A20 einsparen“, erklärte der Abgeordnete. „In Zeiten der Klimakrise brauchen wir eine klimafreundliche Bahn und nicht mehr Straßenbauwahnsinn.“

Eine 100-prozentige Strom-Quote sei dabei nicht das Ziel, stellte Kindler klar. „Es ist nicht wirtschaftlich und sinnvoll, noch den allerletzten Kilometer des Schienennetzes zu elektrifizieren.“ Auch Wasserstoff-Züge und andere alternative, klimaneutrale Antriebskonzepte seien Teil der Lösung. Im Netz der Eisenbahn- und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser (evb) sind auf den Strecken zwischen Bremervörde, Bremerhaven und Cuxhaven seit gut einem Jahr zwei Wasserstoff-Züge unterwegs. Das Pilotprojekt ist nach Angaben des Unternehmens so erfolgreich, dass es bis 2022 alle 15 Dieseltriebwagen durch die emissionsfreien Wasserstoff-Fahrzeuge ersetzen will.

Strom-Ausbau im Schneckentempo

Elektrifizierung von Niedersachsens Bahnstrecken geht den Grünen zu langsam voran



Auf der Strecke Göttingen-Hannover (hier in Höhe Northeim) ist alles gut, andernorts in Niedersachsen lässt der Strom-Ausbau noch auf sich warten.

FOTO: SWEN PFÖRTNER / DPA

VOR HAUS DER BÜRGERMEISTERIN

Auto explodiert

Walsrode. Auf dem Anwesen der Walsroder Bürgermeisterin im Stadtteil Sieverdingen ist ein Auto explodiert. Bislang sei unklar, was die Explosion ausgelöst hat und ob sie vorsätzlich herbeigeführt wurde oder nicht, teilte die Polizei am Sonntag mit. Die Polizei konnte sich noch nicht dazu äußern, ob es sich um eine politisch motivierte Tat handelt und wem das Auto gehörte. „Wir sind erst am Anfang der Ermittlungen“, so ein Polizeisprecher. Das Grundstück sei von mehreren Menschen bewohnt.

DPA

BRAND IM REIENHAUS

Feuerwehr findet Toten

Oldenburg. Bei einem Brand in einem Reihenhaus in Oldenburg hat die Feuerwehr einen toten Mann entdeckt. Wie es zu dem Feuer kam, war zunächst unklar. Als die Einsatzkräfte der Feuerwehr eintrafen, stand das Haus am Sonnabendabend bereits in Flammen. Die Feuerwehr löscht den Brand, doch für den im Gebäude gefundenen Mann kam jede Hilfe zu spät.

DPA

Viele Paragrafen aus der NS-Zeit galten noch lange weiter

Haftstrafen für sogenannte Zigeuner, Schwule und Kommunisten – Ausstellung in Wolfenbüttel zeigt Schicksale von Betroffenen

VON JOACHIM GÖRES

Wolfenbüttel. „Der Angeklagte Bernhard Christ ist ein nicht reinblütiger Zigeuner... Er wurde von der Schwester seiner Mutter aufgezogen und verbrachte seine Kindheit und teilweise seine Jugend in Wohnwagen bzw. auf Stellplätzen von Zigeunern ... Herkunft, Erziehungsverhältnisse und Verhalten in der Jugend lassen einen anlage- oder (und) einflussbedingten Hang zum Asozialen, ja Kriminellen erkennen.“ Ein Ausschnitt aus einem Urteil des Landgerichts Osnabrück, das den Hochseilarist Christ 1968 wegen verschiedener kleiner Diebstähle als „gefährlichen Gewohnheitsverbrecher“ zu elf Jahren Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilte. Ein Urteil, dessen Härte, Argumentation und Wortwahl an die NS-Justiz erinnert – das Gesetz gegen „gefährliche Gewohnheitsverbrecher“ wurde 1933 von den Nationalsozialisten eingeführt.

„Diese strafgesetzliche Regelung wurde fast unverändert ins bundesdeutsche Strafgesetzbuch übernommen“, sagt die Historikerin Ina Stenger von der Gedenkstätte der JVA Wolfenbüttel. Dort zeigt sie Kurzem ein neues Dokumentationszentrum das System der Justiz und des Strafvollzugs im Nationalsozialismus am Beispiel des Strafgefängnisses Wolfenbüttel, in dem zwischen 1937 und 1945 mehr als 500 Häftlinge hingerichtet wurden und weitere 500 an den Folgen ihrer Behandlung starben. Ein Kapitel in der Ausstellung ist den

NS-Sondergerichten gewidmet, die 1933 eingezogen wurden und vor allem regimekritische Äußerungen aburteilten. Die meisten in Wolfenbüttel hingerichteten starben aufgrund von Todesurteilen des Sondergerichts Hannover (179), aber auch die im Sinne der NS-Ideologie politisch zuverlässig geltenden Richter an den Sondergerichten Oldenburg (26 Todesurteile), Verden (5) und Bremen (1) verhängten solche Strafen, die in Wolfenbüttel vollstreckt wurden.

Die Ausstellung beleuchtet auch die Kontinuitäten nach dem Krieg, „1952 hatten in der Bundesrepublik mehr als 60 Prozent der im



Historikerin Ina Stenger von der Gedenkstätte der JVA Wolfenbüttel.

Staatsdienst tätigen Juristen eine NS-Vergangenheit“, sagt Stenger, eine der Kuratorinnen der Ausstellung. Dort wird der Fall des Staatsanwaltes Karl-Heinz Ottersbach vorgestellt, der am Sondergericht Kattowitz ab 1941 für Bagatelle erfolgreich die Todesstrafe beantragte. Nach seiner Entnazifizierung arbeitete er ab 1952 als Staatsanwalt für politische Strafsachen am Landgericht Lüneburg und sorgte dafür, dass Kommunisten wegen Staatsgefährdung angeklagt wurden – 1951 wurde dieser Straftatbestand wieder eingeführt, der sich vor allem gegen die politische Betätigung von Kommunisten richtete. Zwischen 1952 und 1968 wurden allein in Niedersachsen 230 Personen wegen Staatsgefährdung und 529 wegen Landesverrats verurteilt. Eine Anzeige gegen Ottersbach wegen eines NS-Todesurteils hatte 1961 keinen Erfolg, der zuständige Staatsanwalt stellte das Verfahren ein. Ottersbach wurde versetzt und 1965 mit 53 Jahren früh pensioniert.

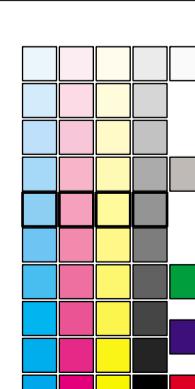
Auch der rechtliche Umgang mit homosexuellen Männern änderte sich nach 1945 zunächst nicht. „Ein Mann, der mit einem anderen Mann Unzucht treibt ..., wird mit Gefängnis bestraft.“ Ein Satz aus dem bereits in der NS-Zeit gültigen Paragraphen 175. In der Ausstellung wird das Schicksal von einigen der rund 50 000 Männer geschildert, die nach diesem Paragraphen wegen homosexueller Handlungen bis 1969 in der Bundesrepublik verurteilt wurden. Alfred Beichel, Jahrgang 1932, wurde als Jugendlicher zu drei Monaten Ju-

gendstrafe verurteilt, weil er Ende der 1940er-Jahre Männer sexuelle Handlungen für Geld angeboten hatte. Im Wolfenbütteler Aufnahmehof heißt es wohlwollend, dass es keine Hinweise dafür gebe, dass er „krankhaft homosexuell“ sei. An einer Hörstation berichtet der ehemalige Polizeihauptkommissar Erich Bünte, wie er Anfang der 1960er-Jahre in einem Park in Braunschweig als Lockvogel eingesetzt wurde. Wurde er von einem Mann in eindeutiger Weise angesprochen, kamen andere Polizisten aus ihrem Verstecken und nahmen den Mann fest. Der Paragraph 175 wurde 1969 so geändert, dass einvernehmenliche sexuelle Handlungen unter erwachsenen Männern nicht mehr als Straftat galten. Erst 1994 wurde er komplett abgeschafft.

Der Paragraph gegen „Gewohnheitsverbrecher“ wurde 1970 gestrichen. Harry Christ musste dennoch mehr als zehn Jahre seiner Strafe in der JVA Wolfenbüttel absitzen. Da seine Haftzeit nicht in die Rentenberechnung einbezogen wurde, musste er im Alter mit deutlich weniger Geld auskommen als Staatsanwalt Ottersbach, der 41 Jahre eine Beamtenpension bezog.

Geöffnet dienstags bis sonnags, jeweils 10 bis 17 Uhr, Am Herzogtore 13 (Näheres unter wolfenbuettel.stiftung-ng.de). Wer die Hinrichtungsgebäude und ehemalige Zellen besichtigen will, muss sich anmelden, da sie auf dem Gelände der benachbarten JVA Wolfenbüttel liegen.

WESER KURIER



Eine Auswertung dieser Messfelder ermöglicht es uns, täglich die Druckqualität der Zeitung zu überprüfen.